

21. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 30.08.2007

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 1

**Gegenstand: Ernennung des Beigeordneten der Stadt Speyer, Herrn Frank Scheid, und Übertragung des Geschäftsbereiches
Vorlage: 0380/2007**

Die Tischvorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende verweist darauf, dass die Beigeordneten nach den Bestimmungen der Gemeindeordnung (GemO) in öffentlicher Sitzung zu Beamten zu ernennen sind und die Urkunde auszuhändigen ist. Die Ernennung ist auch mit einer Vereidigung verbunden.

Er verliest den Inhalt der Ernennungsurkunde für Herrn Frank Scheid und überreicht diese.

Herr Scheid legt den Amtseid ab. Er ist damit in sein Amt eingeführt.

Hinsichtlich der Übertragung des Geschäftsbereiches nach § 50 Abs. 3 GemO wurde eine Tischvorlage verteilt

Beschluss:

Der Stadtrat nimmt die Übertragung des in der Tischvorlage erläuterten Geschäftsbereiches an Herrn Beigeordneten Frank Scheid ohne Gegenstimmen zustimmend zur Kenntnis.

Ihm wird ab 01.09.2007 folgender Geschäftsbereich übertragen:

- Fachbereich 2 – Sicherheit, Ordnung, Bürgerdienste, Umwelt
- Entsorgungsbetriebe Speyer (EBS)

**Gegenstand: Überprüfung und Erweiterung der Toilettenanlagen in Schulen;
Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion vom 25.06.2007
Vorlage: 0369/2007**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende erläutert, dass die Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion durch die Verwaltung bereits schriftlich beantwortet wurde. Die Fraktion hat allerdings darum gebeten, den Punkt auf die Tagesordnung der Ratssitzung zu setzen.

Herr Dr. Wintterle bringt zunächst einige grundsätzliche Äußerungen zur Absetzung des Tagesordnungspunktes 12 an. Der SPD-Fraktion war vor allem wichtig, dass keine überstürzte Diskussion und Entscheidung über dieses Thema stattfindet.

Zu den Aussagen in der schriftlichen Antwort vom Juni müssten zwischenzeitlich weitere Auskünfte möglich sein. Unabhängig davon, welches Einvernehmen zwischen den Schulleitungen und der Verwaltung besteht, möchte er wissen, welche Ausgestaltung der Toilettenanlagen für Schulneubauten in den Richtlinien vorgesehen ist.

Herr Dr. Jung bringt seine Verwunderung zum Ausdruck, dass die Geschäftsordnung es hergibt, zu einem abgesetzten Punkt innerhalb eines anderen Punktes zu sprechen, möchte dann allerdings ebenfalls einige Anmerkungen vorbringen. Die CDU hat in ihrem Antrag darauf gedrängt, dass ein möglichst breiter Konsens über alle Fraktionen erzielt wird. Unter Hinweis auf das Protokoll der letzten Ratssitzung weist er den Vorwurf einer überstürzten Diskussion zurück. Auf ausdrücklichen Wunsch wurde der Antrag in den nächsten SchTA verwiesen und der war bereits für den 22.08.2008 terminiert.

Herr Batzer erklärt, einen so knappen Ausschusstermin nach der Sommerpause mit so gravierenden Punkten habe es noch nie gegeben. Außerdem waren die Fraktionen laut Protokoll aufgefordert, eigene Vorstellungen einzubringen, was in der Enge des Zeitkorsetts nicht möglich war. Zudem kritisiert er die Leitung dieser SchTA-Sitzung. Die Grünen haben in der Vergangenheit schon dem OB absolutistische Züge unterstellt, Herr Brohm habe dies aber noch getoppt.

Der Vorsitzende ruft zur Rückkehr zur Tagesordnung auf. Er war selbst in allen schulischen Einrichtungen vor Ort. Die Toiletten befinden sich durchweg in gutem Zustand. Die Entwicklung wurde fotografisch dokumentiert. Auch die Vorsitzende der Schulleiterschaft hat sich bereits für die vorgenommenen Verbesserungen bedankt. Er bittet um Verständnis, wenn er die Vorgaben der Schulbauleitlinien nicht parat hat. Sie werden den Fraktionen schriftlich zugestellt.

Herr Ableiter zeigt sich erfreut, dass der versuchte Totschlag der Burgfeldschule gescheitert ist. In vielen Schulen sind erhebliche Defizite zu beobachten. Die BGS-Fraktion ist gegen jede Art von Verschuldung, es sei denn für Kinder und Bildung. Er regt an, die Mehrheitsfraktionen sollen im nächsten Haushalt den riesigen Investitionsstau endlich abbauen.

Der Vorsitzende erklärt, er möchte vielleicht noch etwas Vernünftiges zu dem Punkt beitragen und verweist auf ein Gespräch mit dem Präsidenten der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier (Kommunalaufsicht), Herrn Dr. Mertes, zur Finanzierung von schulischen Sanierungsarbeiten. Eine schriftliche Antwort der ADD liegt inzwischen vor. Sie stellt eine höhere Kreditlinie für Investitionen an Schulen in Aussicht, wenn die Voraussetzungen der entsprechenden Verwaltungsvorschriften erfüllt sind.

**Gegenstand: Einsatz von Abwasserpumpen als Wärmequelle;
Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion vom 19.08.2007
Vorlage: 0202/2006/1**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende beantwortet die Anfrage wie folgt:

Die SWS stellten Ende 2006 eine Anfrage zur Grobeinschätzung der Wärmepotentiale im Speyerer Abwassernetz an die Fa. Rabtherm. Der Firma wurden die benötigten Unterlagen zur Verfügung gestellt. Die Grobeinschätzung liegt seit Ende Juli 2007 vor. Die Fa. Rabtherm identifizierte in der Grobeinschätzung die Nutzung von Abwasserwärme in folgenden Straßen:

Paul-Egell-Straße	(Diakonissenkrankenhaus, Kaserne Normand)
Austraße	(Einkaufsmärkte)
Friedrich-Ebert-Straße	(nördliche Wohnbebauung)
Maximilianstraße	(Verwaltung)

Der Grobeinschätzung lagen die geschätzten Abwassermengen des Generalentwässerungsplans und der Flächennutzungsplan zu Grunde. Folgende Punkte sind bei der weiteren Projektentwicklung zu beachten:

Vor einer Investitionsentscheidung sind über einen ausreichend langen Zeitraum (ca. 1 Jahr) Messungen der Temperatur und Abwassermenge erforderlich.

Die Nutzung der Abwasserwärme ist ungeeignet zur alleinigen Aufheizung auf ein hohes Temperaturniveau, wie z. B. der Warmwassernutzung oder der Wohnraumerwärmung in Anwendung alter Heizkörper mit geringem Volumen.

Derzeit zeichnet sich eine wirtschaftlich mögliche Verwertungsstelle im Bereich der Franz-Kirrmeier-Straße ab. Sollte sich die Ergebnisse bestätigen, so wird die Nutzung in Zusammenhang mit dem Ausbau eines Nahwärmenetzes geprüft.

Für den Werkausschuss wird an einem Beispiel aus der Austraße, auf Grundlage der theoretischen Annahmen, die Wirtschaftlichkeit betrachtet und eine mögliche Rentabilität der Abwasserwärmenutzung dargelegt. Erfahrungen und Ergebnisse aus anderen Städten werden dabei soweit vorhanden mit berücksichtigt.

Die Stadtwerke werden für die weiteren Messungen der Erstuntersuchung 10.000,- € bereitstellen. Die weitere Konzeptionierung kann von der TDG übernommen werden. Die Errichtung der technischen Anlagen und Netze kann durch die SWS erfolgen. Die Vermarktung der Wärme soll der Vertrieb der SWS übernehmen.

Dr. Jung regt zusätzlich an, die Stadt und die SWS sollten auch private Bauherren darauf hinweisen, sich dieser Art der Energiegewinnung zu öffnen.

**Gegenstand: Energieeffizienz der Kläranlage;
Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 20.08.2007
Vorlage: 0368/2007**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

In der Begründung führt Herr Dr. Jung aus, dass bereits viele Maßnahmen durch Stadt bzw. TDG auf den Weg gebracht wurden, zuletzt der erste Abschnitt der Solaranlage auf dem Müllberg. Daher sollte auch die Kläranlage einer näheren Betrachtung unterzogen werden, ob dort eine Verbesserung der Energieeffizienz

Die BGS-Fraktion begrüßt durch Herrn C. Ableiter die Annäherung der CDU an regenerative Energien. Die Forderung der BGS zur Integration einer Solaranlage für das Kombibad wurde in Bausch und Bogen abgelehnt, auch da könnte sich die CDU annähern.

Frau Pitsch erklärt, dass Bündnis 90/Die Grünen den CDU-Antrag begrüßen. Nicht ganz verständlich sind ihr jedoch die Formulierungen zur Klärschlamm-trocknung und Biogasgewinnung. Diese technischen Fragen sollten im Werkausschuss geklärt werden. Herr Dr. Jung spricht eine solare Trocknung des Klärschlammes an.

Herr Dr. Wintterle freut sich darüber, dass die CDU sozusagen als Transmissionsriemen für das SPD-geführte Umweltministerium fungiert. Die SPD-Fraktion stimmt dem Antrag zu.

Der Vorsitzende erläutert aus Sicht der Stadtwerke folgende Position:

Das Thema Optimierung des Energieeinsatzes auf der Kläranlage steht bei EBS/SWS bereits seit 2003 neben betrieblichen Maßnahmen an erster Stelle bei der Steigerung der Effizienz.

Daher wurde 2004/2005 in einem ersten Schritt das Projekt „Wärme und Energie“ umgesetzt, bei dem neben der Erneuerung der bivalenten Heizung (Klärgas und Heizöl) auch das wenig effiziente 20 Jahre alte Blockheizkraftwerk durch ein modernes mit einer Gesamtleistung von 515kW ersetzt. Seit April 2005 hat das neue BHKW bereits mehr als 1,8 Mio. kWh elektrische Energie erzeugt. Das sind 32% von den 2,9 Mio. kWh/a des Elektroenergiebedarfs der Kläranlage. Auch im EBS-Wirtschaftsplan 2007 stehen Mittel für eine weitere Energieoptimierung bereit.

Parallel hierzu haben sich die EBS/SWS um die Teilnahme an dem Projekt des MUFV „Energieanalyse kommunaler Kläranlagen“ beworben. Unsere Kläranlage wurde ausgewählt. Im Oktober 2006 startete das Projekt, begleitet durch das Institut *tectraa* der Universität Kaiserslautern und der *Wupperverbandsgesellschaft für integrale Wasserwirtschaft (WiW)*. Ziel ist ein Leitfaden zur Steigerung der Energieeffizienz für alle rheinland-pfälzischen Kläranlagen. Es wurde die gesamte Energiesituation der vier teilnehmenden Kläranlagen untersucht. Ergebnisse sind Handlungsempfehlungen, gestaffelt nach Sofortmaßnahmen, kurzfristigen und abhängigen Maßnahmen. Die Energiestudie liegt den SWS vorab seit August 2007 vor.

Darin werden zehn Sofortmaßnahmen, zwei kurzfristige sowie drei abhängige Maßnahmen empfohlen. Gebündelt ist eine Einsparung von 1 Mio. kWh/a zu erwarten.

Das größte Potential mit rd. 400.000 kWh/a hat die Sofortmaßnahme „Anpassung des Schlammalters in den Belebungsbecken“. Die Umsetzung läuft bereits und kann mit der Inbetriebnahme der Schlamm-trennwasserzentrifuge (Investitionsvolumen brutto 1,15 Mio

Euro) bis zum Jahresende vorangebracht werden. Weitere Schritte werden in 2008 in Angriff genommen.

Das MUFV diskutiert über eine mögliche Bezuschussung der vorgeschlagenen Maßnahmen.

Darüber hinaus wird das Projekt Schlamm Trocknung ständig unter den sich verändernden Marktsituationen geprüft. Derzeit stellt sich eine Änderung des Prozesses als unwirtschaftlich dar.

Beschluss:

Der Stadtrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Werkausschuss zu berichten,

1. welche Maßnahmen bisher zur Steigerung der Energieeffizienz der Kläranlage ergriffen wurden,
2. welche weiteren Maßnahmen für die nächsten Jahre vorgesehen sind,
3. ob durch eine Trocknung des Klärschlammes anstelle der bisher praktizierten Schlammfäulung – evtl. durch Kooperation mit benachbarten Gemeinden – die Entsorgung wirtschaftlicher gestaltet werden kann.

**Gegenstand: Flugplatz Speyer; Anträge der Stadtratsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen vom 21.08.2007
Vorlage: 0371/2007**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Es erfolgt eine mündliche Begründung der umfangreichen Einzelanträge durch Herrn Batzer. Die Punkte 2 und 3 sowie 4 und 5 könnten zusammengefasst behandelt werden

Zu Antrag 1:

Die FSL GmbH fährt jedes Jahr Defizite ein, für die die Verkehrsbetriebe finanziell einspringen müssen. Die FSL sollte dem Stadtrat endlich eine grobe Kostenanalyse und Wirtschaftlichkeitsberechnung vorlegen.

Der Vorsitzende betrachtet dies an sich als eine Selbstverständlichkeit, allerdings sollte das wegen der Kosten, die sich aus dem Planfeststellungsbescheid ergeben, erst erfolgen, wenn das Planfeststellungsverfahren abgeschlossen ist.

Herr C. Ableiter erklärt, ihm sei aus der damaligen Diskussion um den Regionalflyghafen in Erinnerung, dass der jetzt geplante Ausbau genau die damals diskutierte Größe erreicht. Die Aussage eines Gutachtens von damals war, dass ein Flughafen mittelfristig nicht wirtschaftlich geführt werden kann. An dieser Situation wird sich seiner Meinung nach nichts geändert haben. Das war damals Grund für die Junge Union, sich gegen den Regionalflyghafen auszusprechen.

Der Ausgang des Planfeststellungsverfahrens braucht nicht abgewartet werden, sondern man sollte bereits VOR einem solchen Projekt die Kosten ermitteln.

Herr Dr. Wintterle vertritt ebenfalls die Auffassung, dass die Wirtschaftlichkeitsberechnung doch nicht vom Ausgang des Planfeststellungsverfahrens abhängt. Eine solche Berechnung muss bereits vor der Einleitung eines solchen Verfahrens vorliegen. Jeder wirtschaftlich handelnde Mensch wird sich so verhalten.

Herr Dr. Jung wollte sich eigentlich nicht zu Wort melden, da er davon ausgegangen ist, dass dieser Antrag ohne große Diskussionen durchgeht. Die CDU-Fraktion spricht sich ebenfalls dafür aus.

Herr Dr. Wintterle geht davon aus, dass in drei Wochen eine Wirtschaftlichkeitsberechnung vorliegen kann. Diese wird zugesagt, allerdings mit Vorbehalt, dass Auflagen aus dem Bescheid die Kostenlage erheblich verändern können.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Zu Antrag 2:

Wenn der Flugplatz doch ausgebaut werden sollte und nicht wirtschaftlich geführt werden kann, wird sich die Frage stellen, was getan werden kann, um die Einnahmenseite zu verbessern. Von Süden her wäre ein Instrumentenanflug grundsätzlich möglich. Dazu wäre allerdings der Auwald völlig zu beseitigen. Er befürchtet eine Salamtaktik, um auf einem solchen Weg doch zu einem Regionalflyghafen zu gelangen. Dabei zitiert er auch eine Äußerung des Mannheimer Oberbürgermeisters in der Presse zu einer Umsiedlung von Cirrus-Air nach Speyer. Ein Regionalflyghafen ist aber bekanntlich von keiner Fraktion gewünscht. Durch die Aufnahme entsprechender Regelungen in die Mietverträge kann dies effektiv verhindert werden.

Zu Antrag 3:

Ähnliches gilt für das Nachtflugverbot. Eine neue Betriebsgenehmigung muss enthalten: KEINE Nachtflüge. In der bestehenden Genehmigung wird eine Streichung der Nachtflugmöglichkeiten gefordert, sollte der Flugplatz doch nicht ausgebaut werden. Er zitiert Herrn Dr. Wilke: Lärm macht krank

Herr Röbosch äußert zum Instrumentenanflug, dass die Sicherheit der Flugpassagiere und Piloten vorgehen muss. Der Ausschluss einer solchen Einrichtung wäre wie ein Auto bewusst ohne ABS zu kaufen.

Die SWG-Fraktion spricht sich laut Herrn Preuß klar gegen einen Regionalflyhafen aus. Der Instrumentenanflug dient zwar der Sicherheit, ist aber für die SWG derzeit kein Thema. Der Rat hat bereits ein Nachtflugverbot beschlossen. Deshalb ist nach seiner Ansicht hierüber keine neue Abstimmung erforderlich.

Herrn C. Ableiter gefällt der Antrag vom Grundsatz her nicht, weil damit einer Vermietung an die FSL faktisch zugestimmt wird. Den Verdacht der Salamtaktik kann er nur bestätigen. In den vergangenen Jahren zogen mit verlogenen Argumenten immer größere Flugzeuge auf dem Landeplatz ein. Man schafft damit praktisch die Voraussetzungen für einen Umzug des viel beflogenen Flugplatzes Mannheim. Es muss ein absolutes Nachtflugverbot und ein Instrumentenanflugverbot aufgenommen werden. Die BGS fordert eine Rückkehr zu einem Hobbyflugplatz.

Herr Rieser äußert, der Instrumentenanflug war bisher überhaupt kein Thema, würde sich allerdings für Speyer zur Büchse der Pandora entwickeln. Er signalisiert ganz klare Unterstützung für ein absolutes Nachtflugverbot.

Herr Dr. Jung unterstreicht für die CDU die Ablehnung eines Regionalflyhafens. Die Einführung eines Instrumentenanfluges bedarf einer behördlichen Genehmigung. Dafür ist ein Genehmigungsverfahren unter Beteiligung der Stadt in Gang zu setzen. Ihm wäre nicht bekannt, dass es dahingehend Überlegungen gibt. Er sieht keinen Sinn darin, Vorratsbeschlüsse für theoretisch mögliche Situationen ohne realistischen Hintergrund zu fassen. Das Nachtflugverbot ist auch für die CDU ein wichtiges und sensibles Thema. Deshalb war auch die CDU nur unter der Auflage der Reduktion auf ein absolutes Minimum bereit, einem Ausbau des Flugplatzes überhaupt zuzustimmen.

Herr Batzer äußert Unverständnis, warum man sich dann gegen einen entsprechenden Beschluss ziert, wenn alle gegen den Instrumentenanflug sind. Die Zulassung von Sondergenehmigungen für Nachtflug ist eben kein Nachtflugverbot, weil die Stadt nach der luftbehördlichen Betriebsgenehmigung später keine Einflussmöglichkeit mehr hat, wenn Nachtflüge auf Anfrage genehmigt sind.

Die Befürchtung einer Salamtaktik für eine schrittweise Einführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftslage des Flugplatzes ist für die SPD laut Dr. Wintterle nicht von der Hand zu weisen. Wenn das niemand haben will, dann muss man auch dafür eintreten.

Die Begrenzung auf ein Minimum bei Nachtflügen entspricht nicht einem absoluten Nachtflugverbot.

Für Herrn Dr. Jakumeit geht in der Diskussion etwas durcheinander. Instrumentenanflugssysteme ILS und IFR sind zwei völlig unterschiedliche Dinge, das sollte klargestellt werden.

Herr Dr. Jung zitiert die Stellungnahme des Rates vom 06.10.2005 zum Planfeststellungsverfahren: darin wird eine Beschränkung auf das absolute Minimum bei Nachtflügen gefordert. Es ist Aufgabe der Planfeststellungsbehörde, dies einzuarbeiten. Gegen den Planfeststellungsbescheid kann vorgegangen werden, wenn dies nicht den Vorstellungen des Rates entsprechend aufgenommen wurde, ggf. auch gerichtlich.

Herr Dr. Wintterle fordert die CDU-Fraktion zur Erklärung auf, ob die Beschränkung auf Minimum für die CDU identisch mit einem Nachtflugverbot ist. Er weiß nicht, warum die CDU ausweicht, ein absolutes Nachtflugverbot zu beschließen und bezeichnet deren Position CDU als „Herumeiern“.

Auch Frau Biskop missfällt die Formulierung „absolutes Minimum“. Sie fragt, warum man nicht einfach beschließt, wie viele Nachtflüge absolut akzeptabel sind.

Bündnis 90/Die Grünen stehen nach Herrn Batzer dafür, dass es keine Nachtflüge gibt, es sei denn Rettungs- und Notfallflüge bzw. wenn ein Flieger in Not gerät.

Herr C. Ableiter erinnert an das LKW-Nachtfahrverbot auf der B 9. Eine Aushebelung ist extrem einfach. Genauso ginge das bei einer entsprechenden Betriebsgenehmigung des Flugplatzes. Entsprechende Verbotsklauseln in den Pachtverträgen betrachtet er als Einbau einer Sicherung.

Der Vorsitzende sprach sich schon immer deutlich gegen einen Regionalflughafen aus. Er zitiert aus dem Beschluss des Rates zum Planfeststellungsverfahren. Der Pachtvertrag ist natürlich noch nicht unterschrieben.

Die Anträge 2 und 3 finden mit den Stimmen der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, BGS und ödp-FDP nicht die erforderliche Mehrheit.

Zu den Anträgen 4 und 5:

Der Vorsitzende erläutert, dass von verschiedenen Dienststellen der Stadt eine umfangreiche Stellungnahme zum Sicherheitsgutachten abgegeben wurde. Er schlägt vor, dass diese Stellungnahme der Stadt, die ungefähr 5 DIN A 4 Seiten stark ist, an die Fraktionen verschickt wird.

Nicht alle Punkte des Gutachtens konnten von der Stadt nicht beurteilt werden, dies muss durch die Genehmigungsbehörde erfolgen

Herr Batzer schlägt vor, die Diskussion darüber in den Umweltausschuss mit eventueller Rücküberweisung in den Rat zu verweisen.

Dies wird einstimmig angenommen.

Zusammenfassung der Beschlüsse:

Der Stadtrat fasst auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgende Beschlüsse:

- Antrag 1 - Vorlage Ausbaurkosten und Wirtschaftlichkeitsberechnung - einstimmig
angenommen
- Antrag 2 - Ausschluss Instrumentenanflug - mehrheitlich
abgelehnt
- Antrag 3 - Absolutes Nachtflugverbot - mehrheitlich
abgelehnt

(Anträge 2 und 3 Ja-Stimmen der Fraktionen:
SPD, Bündnis 90/Die Grünen, BGS und ödp-FDP)

- Antrag 4 - Beurteilung Sicherheitsgutachten - verwiesen
- Antrag 5 - Befreiung von Verboten nach § 42 BNatSchG - verwiesen

(Anträge 4 und 5 einstimmig verwiesen in den Umweltausschuss
mit der Option der Rücküberweisung in den Stadtrat)

21. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 30.08.2007

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 6

**Gegenstand: Patenschaft für das Zentrum gegen Vertreibung;
Antrag der Stadtratsfraktion Die Republikaner vom 15.08.2007
Vorlage: 0375/2007**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

In der mündlichen Begründung führt Herr Röbosch nochmals aus, dass bereits über 400 Kommunen dieser Patenschaft durch eine einmalige Zahlung beigetreten sind. Die Stadt Speyer sollte durch einen Beitritt die Leistungen der Heimatvertriebenen ebenfalls honorieren.

Der Vorsitzende weist bei allem Verständnis darauf hin, dass es sich um freiwillige Leistung handeln würde. Er sieht in Speyer schon manche Maßnahme in diesem Zusammenhang umgesetzt, z.B. die Gedenkstätten am Haus Pannonia und auf dem Friedhof. Die Verwaltung empfiehlt, dem Antrag nicht stattzugeben.

Beschluss:

Der Antrag der Fraktion Die Republikaner wird mehrheitlich abgelehnt (bei zwei Ja-Stimmen REP).

**Gegenstand: Ordentliche Kapelle im Altenheim;
Antrag der Stadtratsfraktion Die Republikaner vom 20.08.2007
Vorlage: 0374/2007**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Röbosch führt in seiner mündlichen Begründung aus, dass die oft gehörte Aussage, dafür sei jetzt die Diakonie zuständig, so nicht richtig ist. Zum Zeitpunkt des Überganges des Heimes von der Bürgerhospitalstiftung an die Diakonie war die Zuständigkeit der Stadt für die Einrichtung gegeben. Die Fraktion betrachtet es für die Heimbewohner als unzumutbar, bei der Andacht in einem Glaskasten zu sitzen wie im Zoo.

Herr C. Ableiter erklärt, so seltsam die Situation auch sei, die Stadt ist nur noch Vermieter der Immobilie. Tatsächlich müssen sich die Republikaner für die Sache bei der Diakonie einsetzen

Der Vorsitzende stellt fest, dass die Einrichtung des multifunktionalen Raumes mit den Kirchen abgesprochen war und wohl auch durchweg von den Pfarrern als positiv beurteilt wurde, trotz einiger anfänglicher Vorbehalte. Er ist gerne bereit, mit Herrn Dr. Schwartz über das Thema nochmals zu sprechen.

Herr Preuß weist darauf hin, dass zusätzlich Andachtsräume auf den Stockwerken existieren. Außerdem wurde eine Verdunkelungsmöglichkeit eingerichtet.

Herr Dr. Winterle merkt an, dass in diesem Raum auch andere Konfessionen, z.B. jüdische und muslimische Heimbewohner, beten können.

Beschluss:

Der Antrag der Fraktion Die Republikaner wird mehrheitlich abgelehnt (bei zwei Ja-Stimmen REP).

Der Vorschlag des Vorsitzenden, in der Angelegenheit mit dem Leiter der Diakonissenanstalt, Herrn Dr. Schwartz, ein Gespräch zu führen, wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

21. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 30.08.2007

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 8

Gegenstand: Millenniums-Erklärung der Mitgliedstädte des Deutschen Städtetages
Vorlage: 0366/2007

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr C. Ableiter begrüßt zwar grundsätzlich das Anliegen, hat aber Probleme mit vorgefertigten Erklärungen. Da die Stadtverwaltung den Punkt vorschlägt, hätte er gerne ein Beispiel, was die Stadt zur Umsetzung zu unternehmen gedenkt. Oder handelt es sich um eine Seifenblase?

Der Vorsitzende weist auf die positiven Erfahrungen aus der Verabschiedung der Barcelona-Erklärung hin. Die vielseitigen Aktivitäten von Herrn Dr. Böhm in der Ruanda-Hilfe sind ein Beispiel für die Unterstützung der Millenniumsziele in Speyer.

Beschluss:

Der Stadtrat verabschiedet für die Stadt Speyer einstimmig die Millenniums-Erklärung der Mitgliedstädte des Deutschen Städtetages.

21. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 30.08.2007

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 9

Gegenstand: Einführung der kommunalen Doppik - Produktplan der Stadt Speyer
und Einführung von Teilhaushalten nach der organisatorischen
Struktur der Stadtverwaltung
Vorlage: 0363/2007

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat nimmt ohne Gegenstimmen den vorgelegten Rahmenproduktplan der Stadt Speyer und die Aufgliederung des Haushaltes in Teilhaushalte nach dem Prinzip der örtlichen Organisation zustimmend zur Kenntnis.

21. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 30.08.2007

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 10

**Gegenstand: Feststellung des Jahresabschlusses 2006 der FSG - Flugplatz Speyer
Grundstücksverwaltungs-GmbH
Vorlage: 0322/2007**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Rieser erklärt, die ödp stimme der buchhalterischen, nicht jedoch der inhaltlichen Aussage des Abschlusses zu.

Beschluss:

Der Stadtrat nimmt mehrheitlich den mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2006 der FSG GmbH mit Lagebericht und der Ergebnisverwendung zustimmend zur Kenntnis.

**Gegenstand: Stadtmarketing-Aktivitäten in der Weihnachts- und Silvesterzeit
2007/2008
Vorlage: 0364/2007**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Dr. Winterle bittet um konkrete Aussagen über die Zahlen, spätestens für die Entscheidung im kommenden Jahr, um der SPD-Fraktion die Zustimmung zu erleichtern. Frau Häußler erklärt, dass für das vergangene Jahr leider keine Zahlen vorhanden sind, ihr liegen allerdings von allen Seiten positive Rückmeldungen vor. Selbst der Hotel- und Gaststättenverband habe sich, nach anfänglicher Skepsis, positiv geäußert.

Herr Deutsch relativiert, der Hotel- und Gaststättenverband habe eine Erklärung mit positiver Zustimmung zu den sonstigen Maßnahmen wie der Gebäudebeleuchtung etc. abgegeben. Eine touristische Stadt wie Speyer braucht aber eine hochwertige, ordentliche Gastronomie. Die fahrenden Gastronomiebetriebe werden bereits in vielen Dingen gegenüber der stationären Gastronomie bevorteilt, z.B. in Sachen Rauchverbot, Mehrwertsteuer oder Auflagen durch die Gewerbeaufsicht. Der Gaststättenverband spricht sich gegen die Verlängerung des Weihnachtsmarktes aus.

Herr C. Ableiter erklärt sich solidarisch mit dem Gaststättenverband. Die BGS-Fraktion stimmt gegen eine Verlängerung des Weihnachtsmarktes zu einer "unendlichen Würstelbude".

Bündnis 90/Die Grünen ziehen ihre Zustimmung aus dem Hauptausschuss durch Frau Pitsch wegen der später bekannt gewordenen Kritik zurück.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt

- der Verlängerung des Weihnachtsmarktes bis zum 6. Januar 2008,
- der Einrichtung eines Kunsthandwerkermarktes im Kulturhof
Flachsgasse/Rathausinnenhof,
- der Dombelichtung und
- der Durchführung eines kulturellen Adventskalenders am Stadthaus

mehrheitlich (bei 5 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen) zu.

Für die dauerhafte Durchführung der

- Dombelichtung und des
- kulturellen Adventskalenders am Stadthaus

werden alljährlich 15.000 EUR veranschlagt.

Dafür werden in 2007 außerplanmäßige Mittel zur Verfügung gestellt (Gegenfinanzierung über Mehreinnahmen im Bereich der Gewerbesteuer). In den darauf folgenden Jahren wird dieser Betrag im Haushalt veranschlagt.

Herr Deutsch hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Gegenstand: Umbesetzung von Ausschüssen
Vorlage: 0373/2007

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig folgende Ausschussumbesetzungen:

1. Auf Vorschlag der SWG-Stadtratsfraktion (Vorlage):

Gremium:	Mitglied:	Stellvertreter:
Rechnungsprüfungs- ausschuss (17.)	neu: Peter Durchholz für: Frank Scheid	(unverändert)
Werkausschuss (30.)	neu: Thomas Braun Bäregasse 4 (bisher Stellvertreter) für: Frank Scheid	neu: Rainer Tochtermann für: Thomas Braun

2. Auf Vorschlag der BGS-Stadtratsfraktion:

Gremium:	Mitglied:	Stellvertreter:
Bau- und Planungs- ausschuss (8.)	(unverändert)	Rainer Hofmann Nußbaumweg 40 für: Peter Radigk

3. Auf Vorschlag des Stadtjugendringes:

Gremium:	Mitglied:	Stellvertreter:
Jugendhilfeausschuss (12.)	weitere stimmberechtigte Mitglieder Jugendverbände (Stadtjugendring) neu: Stefanie Knab Johannesstraße 3 67376 Harthausen für: Thomas Sartingen	(unverändert)

4. Auf Empfehlung des Schulträgerausschusses:

Gremium:	Mitglied:	Stellvertreter:
Schulträgerausschuss (18.)	<p>beratende Mitglieder Schulen - Schülerschaft neu: Rüdiger Spindler Richard-Wagner-Straße 32 67376 Harthausen</p> <p>für: Alexander Deutsch</p>	<p>beratende Mitglieder Schulen - Schülerschaft neu: Michaela Mausch Max-Planck-Straße 19 67165 Waldsee</p> <p>für: Lisa Löffler</p>

21. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 30.08.2007

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 13

Gegenstand: Fragen und Anregungen von Bürgern

Fragen und Anregungen von Bürgern sind nicht eingegangen.

21. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 30.08.2007



21. Sitzung des Stadtrates 30.08.2007 **Werner Schineller**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriidruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!